

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen...

Posener Zeitung

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen...

Ar. 92

Sonnabend, 6. Februar.

1892

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.) 164. Sitzung vom 5. Februar, 2 Uhr.

Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt bei dem Etat der Reichsjustizverwaltung, dessen noch nicht erledigte Positionen debattelos angenommen werden.

Zum Etat liegt die bereits gestern mitgetheilte Resolution Dr. v. Bar (Df.) vor, welche eine einheitliche, gesetzliche Regelung des Auslieferungsverfahrens durch das Reich unter Mitwirkung der Gerichte in den einzelnen Auslieferungsfällen verlangt.

Abg. Dr. v. Bar (Df.) begründet die Resolution. Die bisherigen Auslieferungsverträge der Einzelstaaten genügen nach verschiedenen Richtungen zur Herstellung einer Rechtssicherheit nicht. In verschiedenen Staaten, Belgien, England, der Schweiz bestehen bereits Auslieferungsgesetze, wie sie die Resolution verlangt.

Staatssekretär Dr. Hoffe: Bis her sind noch in keinem einzigen Falle Wünsche und Anregungen, wie sie die Resolution enthält, an die Reichsregierung getreten. Was die Resolution will, ist auch nicht durchführbar; es würde sonst vollständig mit der bisherigen Praxis gebrochen werden müssen.

Abg. Dr. Sartmann (L.) schließt sich den Ausführungen des Staatssekretärs voll an. (Rufe von den Sozialdemokraten: Selbstverständlich!) Das bisherige Verfahren bietet keinen Anlaß zu einer Aenderung.

Abg. Gröber (Str.) Die Resolution bezweckt eine politische Entlastung der Einzelstaaten, der ich nicht zustimmen kann. Sie verlangt außerdem eine Verfassungsänderung, die weder zweckmäßig noch notwendig ist.

des Reichs aufgehoben wird, so macht man alle Gerichte zu Reichsgerichten und nimmt den Einzelstaaten ihre Justizhoheit. Da erklären Sie doch lieber einfach, daß die Kompetenzen der Einzelstaaten überhaupt null und nichtig sind (Abgeordneter Bebel: Das wäre sehr gut!). Der Antrag ist deshalb für uns unannehmbar.

Abg. Frh. v. Gültlingen (Rp.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag. In die Oberhoheit der Einzelstaaten darf nicht eingegriffen werden. Die heutige Zeit läßt überhaupt nicht den unitarischen Gedanken so hervortreten, daß man ihm auch hier Rechnung tragen sollte.

Abg. Dr. v. Bar: Daß bisher aus der Öffentlichkeit keine Wünsche bezüglich einer Aenderung des bestehenden Rechtszustandes an die Regierung herangetragen sind, ist kein Grund für eine Ablehnung der Resolution. Es können sehr leicht Zeiten kommen, wo ein Auslieferungsfall die öffentliche Meinung in peinlicher Weise erregt.

Abg. Bebel (S.-D.): Daß Herr Hartmann allem zustimmt, was die Regierung erklärt, ist selbstverständlich. Weshalb die Auslieferungsverträge der Einzelstaaten zweckmäßiger sein sollen, als die des Reichs, hat bisher noch Niemand nachgewiesen. Als 1874 der Auslieferungsvertrag des Reichs mit Belgien abgeschlossen wurde, wurden von keiner Seite Kompetenzbedenken erhoben.

Abg. Dr. Meyer (Df.): Der Antrag hat gar nicht eine so große Tragweite, wie es nach den Ausführungen des Abg. Gröber scheint. Dieser hat den Antrag auf ein so hohes Piedestal gestellt, daß man seinen Umfang gar nicht übersehen kann.

Abg. Dr. Meyer (Df.): Der Antrag hat gar nicht eine so große Tragweite, wie es nach den Ausführungen des Abg. Gröber scheint. Dieser hat den Antrag auf ein so hohes Piedestal gestellt, daß man seinen Umfang gar nicht übersehen kann.

kann. Die Arbeitsgesetzgebung ist ein Hinausrücken der Marksteine der Reichsgesetzgebung, die wir bekämpft haben, nicht aus partikularistischen, sondern aus meritorischen Gründen. Unter Ihrem Jubel ferner ist die Branntweinsteuergesetzgebung gemacht worden, die die partikularistischen Anschauungen am meisten verlegt hat, weil der Süden an den Liebesgaben ebenso Antheil nehmen wollte, wie der Norden.

Wir wollen die Rechte des Reichs gar nicht weiter hinauschieben und beugen uns im Prinzip vor den historischen Thatfachen, die 1867 und 1871 festgestellt worden sind; aber auf diesem prinzipiell gegebenen Boden wollen wir das praktisch Nützliche erreichen und wir befürworten die Resolution nicht, weil wir damit eine Reichsgewalt stärken, sondern weil sie nützlich wirkt, weil sie im Stande ist, schreienden Uebelständen abzuheilen.

Aus diesen praktischen Gründen sind wir für den Antrag. Dazu kommt, daß es eine hochverantwortliche Angelegenheit ist, einen Mann einer fremden Gerichtsgewalt auszuliefern, ehe ein deutscher Richter darüber geurtheilt hat, ob dieser Mann etwas Uebles gethan hat.

Abg. Dr. Driann (nl.) stimmt auch im Namen des größten Theils seiner Fraktion der Resolution zu. Eine einheitliche gesetzliche Regelung des Auslieferungsverfahrens und die Mitwirkung der Gerichte ist durchaus wünschenswerth, und ihre Undurchführbarkeit in keiner Weise nachgewiesen.

Abg. Dr. Sartmann wiederholt seine partikularistischen Bedenken gegen die Resolution. Bei Gesetzen, die im Interesse auch der Einzelstaaten liegen, könne man dem unitarischen Gedanken eher Konzessionen machen, als in diesem Falle.

Abg. Dr. v. Bar widerspricht der Auffassung, daß durch Aufhebung der von den Einzelstaaten abgeschlossenen Verträge ein rechtloser Zustand eintreten werde, und befreit sich nochmals, daß die Resolution einen ungebührlichen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten involvire.

Abg. Spahn (Centr.) ist gegen den Antrag auf Kommissionsberatung, da die Resolution für das Centrum prinzipiell unannehmbar sei.

Bei der Abstimmung über den Antrag auf Verweisung an die Kommission stellt sich bei einem Stimmenverhältnis von 101 (für) und 88 (gegen) die Beschlußfähigkeit des Hauses heraus.

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr (Fortsetzung). Schluß 4 1/2 Uhr.

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 5. Februar.

Der alte Meyfel ist gestorben. Bei der Gelegenheit erfuhr man, daß er bis vor kurzem also noch gelebt hatte, was abgesehen von einem kleinen Kreise Niemand mehr wußte. Denn ein Theaterdirektor und noch dazu in Berlin, der eine Zeit lang mit dem Theater Glück gehabt hat und dann so ganz procul negotiis ruhig dahinglebt, das ist in unserer Zeit wirklich eine seltene, kaum glaubhafte Erscheinung.

Durch diesen relativen Erfolg hat Direktor Fritzsche dem anerkanntermaßen sehr großen Schauspieler-Aberglauben einen kräftigen Stoß versetzt, aber es ist doch immer noch beträcht-

lich viel davon in diesen Kreisen zurückgeblieben. Vor Allem der wirklich ganz erstaunliche Aberglaube, daß in Berlin noch immer ein neues Theater nöthig sei. Zwar wird im September ein neues Theater ersten Ranges eröffnet, aber noch immer wann irgend wo ein Plätzchen frei wird, heißt es sofort: ein neues Theater! Kaum ist jetzt der Kaiser-Bazar verkracht, da kommt auch schon die Meldung, daß in diesem Prachtbau oder an seiner Stelle ein Theater errichtet werden soll.

Dieser Aberglaube, der Zeitungs- und Theaterbegründungsfall, ist übrigens nicht der einzige, an dem Berlin leidet. In den meisten Berliner Blättern weist die letzte Seite Inserate auf eine „Wahragerin wunderbar“, oder „Venormand von Morgens bis Abends 8 Uhr“ — und nicht nur die mit Hintertreppenromanen gebildeten Köchinnen sind die Kunden dieser Zukunftsverkünderinnen aus Kaffeesatz und Karten. Im Pariser „Journal amusant“ unterhielten sich jüngst zwei Leute

aus dem Volke über die Aussichten des Jahres 1892. „Na das Jahr wird schlimm werden“, meinte Er, „es hat an einem Freitag begonnen.“ Worauf Sie dann erwiderte, es sei ein wahres Glück, daß das Jahr wenigstens nicht mit dem 13. begonnen hätte. Unterhaltungen dieses Geistes kann man auch in Berlin überall hören, die Steppis auch der Berliner macht vor dem Freitag Halt, vor der Dreizehn bei Tisch u. Das sind aber wenigstens traditionelle Dummheiten, deren Existenz man historisch-psychologisch begreifen kann. Daneben aber hat sich ganz behaglich auch der modernste und gefährlichste Aberglaube, der Spiritismus Boden erobert. Wir haben in Berlin bereits einen, vielleicht auch mehrere spiritistische Vereine, in denen in langathmigen Diskussionen und Vorträgen öffentlich die Lehre vom Spiritismus propagandirt wird; ist's Unsinn auch, so hat es doch Methode! Wir haben hier einen Herrn Dr. Egbert Müller, der zum großen Gaudium der Zeitungsredaktionen ihnen oft die wunderbarlich stilisirten Briefe über irgend eine aktuelle spiritistische Frage sendet, und der auch bei den Taschenspieler-späßen des Wundernaben Karl aus Resan hervorragend theilhaftig war. Wir haben hier zahlreiche Konventikel, in denen man wöchentlich einmal mit den Geistern verkehren kann — das kostet je nach der Bedeutung der Geister und der Tüchtigkeit des Mediums 3—20 Mark. Und in diesen Konventikeln kann man sehr interessante Bekanntschaften machen, mit-

# Preussischer Landtag.

## Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom 5. Februar, 11 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Staatsberatung wird fortgesetzt.

Bei dem Etat des „Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten“ hat die Kommission beantragt, die dem Gesandten in Stuttgart bewilligte Zulage von 6000 Mark als künftig wegfallend zu bezeichnen.

Geb. Rath **Sumbert** begründet die Gehaltserhöhung des Stuttgarter Gesandten mit den eigenartigen Verhältnissen des Württembergischen Hofes, bei welchem 5 Höfe Gesandte unterhalten, was größere Repräsentationskosten zur Folge habe.

Abg. Graf zu **Vimburg-Situm** (konf.) glaubt, daß die Erhöhung des Gehalts des Stuttgarter Gesandten auch eine Erhöhung des Gehalts der Gesandten in den übrigen Staaten zur Folge haben müsse. Es wäre aber eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber den anderen mit Arbeit überhäuft Beamten, namentlich den Unterstaatssekretären, wenn man bei den gut dotirten Gesandten mit der Gehaltserhöhung beginnen wollte. Die Kommission sei bereits weit entgegengekommen, wenn sie die verlangte Zulage von 6000 Mark dem jetzigen Gesandten persönlich gewähre und bei einer Neubesezung dieser Stellung diese Zulage wegfallen lassen wolle.

Darauf wird der Etat des „Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten“ nach den Beschlüssen der Kommission erledigt.

Bei dem erst heute zur Berathung gelangenden einzigen Kapitel des Extraordinariums im Etat des Finanzministeriums wird die Forderung „Zu Umbauten in den königlichen Theatern zu Berlin 500 000 Mark“ zwar bewilligt, doch unter der von der Kommission vorgeschlagenen Bezeichnung „Zu den im feuerpolizeilichen Interesse nothwendigen Umbauten.“

Beim **Domänenetat** (Einnahmen) regt Abg. **Seer** (nl.) an, daß beim Abzug den alten Pächtern von den neuen die Uebernahme der Gebäude und des Inventars nach einer bestimmten Taxe erfolge. Jetzt sei der alte Pächter gezwungen, dem neuen Pächter das Inventar, von dem der erstere doch größtentheils keinen Gebrauch machen könne, zu ungünstigen Bedingungen abzutreten.

Minister **v. Seyden** erklärt, daß eine Verpflichtung zur Uebernahme der Gebäude nach einer bestimmten Taxe nicht statuiert werden könne. Doch gebe sich die Behörde immer Mühe, eine zufriedenstellende Vereinbarung zwischen dem alten und neuen Pächter herzustellen.

Abg. **v. Meher-Arnswalde** sieht den Rückgang der Domänen in dem Rückgang des Ertrages der Schäferereien. Die Landwirthe im Osten wünschten einen Wollzoll. Nedner bitte die Regierung zu erwägen, wie den Uebelständen ohne Einführung eines solchen Zolles entgegengetreten werden könnte.

Abg. Dr. **Gerlich** (fr.) lenkt die Aufmerksamkeit des Landwirtschaftsministeriums auf die Arbeiterverhältnisse im Osten. Die Arbeiter ließen sich dort von den Gutsbesitzern den Winter durchfüttern und gingen im Frühling nach dem Westen. Dem Kontraktbruch müsse man gerade auf dem Lande energisch zu Leibe gehen.

Abg. **Stengel** (fr.) befürchtet von der neuen Reichsgesetzgebung, namentlich in Bezug auf die Abschaffung der Zuckerprämien, einen Rückgang der Erträge der Domänen in den Zuckerindustrie treibenden Provinzen, und in Folge dessen einen Rückgang der Pächterträge. Die Pächter, die bei Uebernahme der Domänen sich auf diese veränderten Verhältnisse nicht eingerichtet hätten, würden traurige Erfahrungen machen!

Abg. **Sumann** (Ztr.) erklärt, daß nach den Verhältnissen der westlichen Provinzen die Landwirtschaft, um zu bestehen, keines Schutzvolles bedürfe. Denn gerade der kleine Bauer, der nichts zu verkaufen habe, habe von dem Schutzvolle keinen Vortheil. Trotz dieses Schutzes hat die Verichuldung des kleinen und mittleren Grundbesitzers, die Substitutionszahl zugenommen. Die schlimme Lage des Bauernstandes sei begründet in der schlechten Ernte, in der ganz unerwartet gekommenen Aufhebung des Schmelzeinsubstanzverbot und in der allmählich von der Regierung begünstigten Umwandlung Deutschlands in einen Industriestaat. Eine einseitige Entwicklung der Industrie könne für das Land nicht zum Segen gereichen: denn die jüngere Arbeitergeneration werde dadurch von dem Lande in die Städte gezogen, wo die freie Ungebundenheit des Lebens, die Gelegenheit zu Vergnügungen große Gefahren für die Sittlichkeit in sich birge. Trotz der schlechten Lage der Landwirtschaft halte man aber noch mit der Reform der Grund- und Gebäudesteuer zurück und verzögere diese Reform durch den Bruch des Verprechens, die Ueberflüsse aus der Einkommensteuer zur Entlastung des Grundbesitzes zu verwenden.

Auf eine Anregung des Abg. **D. Lotichius** (lib.) erklärt Minister **v. Seyden**, daß die Regierung die Restaurierung der Ruine Oberbach in Erwägung ziehe.

Abg. Dr. **Vieber** (Ztr.) regt eine Verbesserung des Vertriebs der Mineralwässer in laumännischer Art an. Jetzt werde die Sache so bureaukratisch gehandhabt, daß der Vertrieb zurückge-

woben nur die Nachahmungen und Fälschungen des Selterswassers Vortheil hätten.

Minister **v. Seyden** erwidert, daß die Staatsverwaltung bei der Konkurrenz in dem Vertriebe von Mineralwässern mit unrecellen Geschäftsmanipulationen von Privatunternehmern zu kämpfen hätte. Es werde in Erwägung gezogen, ob nicht die Quellen verpachtet werden sollen, doch sei es sehr zweifelhaft, ob man sich zu diesem System werde entschließen können.

Abg. Dr. **Lotichius** (lib.) empfiehlt die Errichtung eines neuen Badehauses in Ems, das den vorgeschrittenen Anforderungen an Bequemlichkeit und Begehrtheit entspricht.

Minister **v. Seyden** verspricht, die Frage in Erwägung zu ziehen. Die Errichtung neuer Badehäuser habe aber doch manche Bedenken.

Der Etat der Domänen wird darauf bewilligt.

Beim Etat der Forstverwaltung verlangt Abg. **Seer** (nl.) eine Erweiterung des freihändigen Verkaufs von Holz zur Befriedigung des lokalen Bedürfnisses.

Minister **v. Seyden** erwidert, daß die lokalen Bedürfnisse bei den Holzverkäufen berücksichtigt werden.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Bei den „Ausgaben“ wünscht

Abg. **v. Niffelmann** (konf.) eine Gehaltserhöhung der Forst-

räthe, so daß diese den Regierungsräthen gleichgestellt werden.

Minister **v. Seyden** hofft, daß der Wunsch des Vorredners in einem der nächsten Etats werde erfüllt werden können.

Abg. **v. Meher-Arnswalde** fordert eine Erhöhung der

Summe zum Ankauf von Nadelbäumen für Aufforstung.

Minister **v. Seyden** erwidert, daß der Staat noch im Besitz

großer aufzuforstender Ländereien sei. Eine Erhöhung der

Summe könne bei der allgemeinen Finanzlage des Staates nicht

erfolgen.

Abg. **Gerlich** (fr.) hält es für eine Aufgabe des Staates, hier

helfend einzugreifen. Der Mangel an Holz in manchen Gegenden

verführe zum Holzdiebstahl. Ueber werde der Westen in der Auf-

forstung vor dem Osten bevorzugt.

Die Ausgaben werden darauf bewilligt.

Der Etat des „Kronfideikommissionfonds“, der Zentrals-

Verwaltung der Domänen und Forsten werden

debattellos bewilligt.

Bei dem Etat des Erlöses aus Ablösungen von

Domänengefällen und aus dem Verkauf von Do-

mänen- und Forstgrundstücken regt

Abg. Dr. **Sattler** (nl.) den Gedanken an, die aus diesem Etat

gemonnenen Gelder zum Ankauf von Grundbesitz in den östlichen

Provinzen zu verwenden und dadurch zu den auf die Schaffung

eines kleinen und mittleren Grundbesitzes gerichteten Bemühungen

beizutragen.

Minister **v. Seyden** erwidert, daß die Angelegenheit erwogen

werden würde. Es werde sich um Prüfungen für jeden Einzelfall

handeln. Momentan sei eine Verallgemeinerung der Maßregel

nicht angebracht.

Der Etat wird bewilligt.

Beim Etat der landwirtschaftlichen Verwal-

tung tritt

Abg. **Nies** (Ztr.) für eine Gehaltserhöhung der Land-

messer bei der Generalcommission ein und wünscht eine gerechtere

Festsetzung des Zeitpunktes, von welchem an das Dienstalter be-

rechnet wird.

Geb. Rath **Sterneberg** weist darauf hin, daß die Verhältnisse

der Landmesser in befriedigender Weise bereits im vorjährigen Etat

geregelt worden seien.

Abg. **Seiffarth** (nl.) bringt die Klagen über Verletzung des

mit Holland abgeschlossenen Fischerei-Vertrages seitens der hollän-

dischen Fischer zur Sprache.

Minister **v. Seyden** erwidert, daß der Vorwurf der Raub-

fischerei gegenüber den Holländern doch etwas eingeschränkt werden

musse. Es sei selbstverständlich, daß die an der Mündung wohnenden

Fischer einen weit größeren Fischereiertrag haben als die mehr

oberhalb wohnenden.

Auf eine Anfrage des Abg. **Zehren** erklärt

Minister **v. Seyden**, daß die Frage der Organisation der

Wasserwirtschaft vom Staatsministerium in seiner letzten Sitzung

berathen worden sei. Bis zur entgeltlichen Lösung der Frage

werde noch weiteres, besonders wissenschaftliches Material gewonnen

werden.

Abg. **v. Schalicha** (Ztr.) bittet die Regierung, zum Bau des

Oberkanals die Arbeiter nicht aus nächster Nähe herbeizuziehen, ein

Prinzip, das ja beim Nordostkanal ausgeführt sei.

Abg. **Anebel** (nl.) bringt den Niedergang des Weinbaues in

folge Ausbreitung der Reblauskrankheit zur Sprache. Zum großen

Theil sei an diesem Niedergange die Indolenz, Gleichgültigkeit und

Nachlässigkeit der Winzer selbst schuld. Die Reblauskrankheit kann

nur durch die größte Achtsamkeit der Winzer bekämpft werden. Es

würde sich empfehlen, daß die Regierung ihre Erfahrungen recht oft

in sämtlichen Lokalblättern der Weinbezirke veröffentliche, damit

die Winzer stets an ihre Pflicht erinnert werden. Auch die Kon-

trolle des Handels mit Rebbolz müsse eine schärfere sein.

Minister **v. Seyden** erwidert, daß seitens der staatlichen Or-

gane die größte Mühe auf die Bekämpfung der Reblauskrankheit

verwendet werde, und daß die Behörde alle Anregungen mit Auf-

merksamkeit prüfe. Im Ganzen seien die Verhältnisse nicht schlimmer

als früher.

Abg. **Frisen** (Ztr.) wünscht Entschädigungen an diejenigen,

deren Vieh wegen Mitzbrandes getödtet werden mußte.

Minister **v. Seyden** erwidert, daß ein entsprechender Geset-

entwurf heute an das Herrenhaus abgehe.

Abg. **Anebel** hält es für bedenklich, daß noch immer im Eifel-

gebiet zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft vom Staate

Arbeiten geleistet würden, ohne daß die Einwohner aus eigener

Kraft etwas zur Besserung ihrer Lage beitragen. Nedner empfiehlt

sobald die Gründung von landwirtschaftlichen Winterschulen.

Minister **v. Seyden** erwidert, daß das von Staat und Pro-

vinz für die Eifel verausgabte Geld sehr zweckmäßig verwendet

werde. Die einzelnen Eigenthümer, deren Grundstücke einer Re-

storation unterzogen würden, müßten hierfür auch Beiträge

zahlen.

Die Abg. **Brockmann** (Ztr.) und **Frisen** (Ztr.) konstatiren,

daß die Ziele, welche sich die Regierung für die Besserung der

Zustände im Eifelgebiet gesetzt habe, zum großen Theile bereits

erreicht seien.

Der Etat wird bewilligt; ebenso debattellos der Etat der

Gestütsverwaltung.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Sonnabend 11. Uhr (Polizeikosten ge-

setz., Etat der Bergwerksverwaltung).

Schluß 4 Uhr.

## Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Zum Kapitel der Soldatenmishandlungen

lagen der Budgetkommission des Reichstags heute folgende beiden

Anträge vor. Die Abg. Dr. **Buhl-Richter** beantragten

folgende Resolution: Die Einführung der Öffentlichkeit und

Mündlichkeit des Hauptverfahrens und die Grundzüge der Stän-

digkeit der Gerichte erscheinen bei der in Aussicht genommenen

Reform der Militärgerichtsverfassung und der Militärtrafprozeß-

ordnung insbesondere dringend erforderlich im Interesse der

größeren Sicherstellung einer angemessenen Behandlung der Sol-

daten durch die Vorgesetzten. Dagegen beantragten die Mitglieder

der Konservativen, Reichspartei und des Zentrums — **Grober**,

**Graf Ballestrem**, **Dr. v. Frege**, **Dr. Vogens**,

**v. Hent**, **Hahn** — die verbündeten Regierungen zu ersuchen

1) die Militärtrafprozeßordnung baldigst einer Reform, namentlich

in der Richtung einer größeren Öffentlichkeit des Verfahrens zu

unterwerfen; 2) die Bestimmungen über das Beschwerderecht der

Militärpersonen, namentlich in der Richtung einer Erleichterung

desselben einer Revision zu unterziehen; 3) auf die Pflege

religiösen Sinnes unter den Angehörigen des

Heeres sowie im gesammten Volkstheile, insbe-

sondere bei der Erziehung der Jugend thätlich

hinzuwirken. Bei der Abstimmung wurde der Antrag **Buhl-Richter**

mit 16 gegen 10 Stimmen abgelehnt und der Antrag **Grober u. Gen.**

mit derselben Stimmenzahl angenommen. Gegen diesen Antrag

stimmen die Nationalliberalen, Freisinnigen, Volkspartei und

Sozialdemokraten. Aus den Verhandlungen theilen wir noch

folgendes mit: Der (sächsische) **Oberst von Schlieben**

suchte die in dem Erlaß des Prinzen **Georg** erwähnten Mißstände

darauf zurückzuführen, daß es und zwar vorzugsweise bei den in

Rede stehenden Regimentern in den letzten Jahren schwer gewesen

sei, gute Unteroffiziere zu erhalten und daß zur Ausbildung der

Rekruten oft unerfahrene Offiziere zur Verwendung gelangt seien.

Uebrigens vertheilten sich die in dem Erlaß erwähnten Fälle auf

mehrere Jahre. Abg. **Frisen** (Zentr.) meint, an dem ersten

Willen des Königs von Sachsen und des Kaisers, solche erschreckende

Vorgänge zu verhindern, sei nicht zu zweifeln. Die Heeresver-

waltung müsse aber erwägen, wie durch besondere Maßnahmen Ab-

hilfe geschaffen werden könne. Das Strafverfahren müsse öffentlich

sein; hoffentlich werde bald eine bezügliche Vorlage gemacht.

**Singer** (Soz.) behauptet, die Vorgänge in Sachsen seien nicht

vereinzelt. Nach Süddeutschland seien sie durch preussische Unter-

offiziere übertragen. Die Unteroffiziere seien nicht allein schuldig.

Das Beschwerderecht der Soldaten sei gleich Null. Hauptschuld

sei die mangelhafte Beaufsichtigung der Unteroffiziere und die

Parteinahme gegen die Mithandelten. Auch Abg. **v. Frege** (konf.)

ist der Ansicht, daß nur ein kleiner Theil der berechtigten Beschwer-

den bisher bekannt geworden. Eine Erklärung für diese Zustände

finde er in der Verrohung unserer Jugend. Weitere

Ausbildung des positiven Christenthums sei

das Hauptmittel zur Besserung. Der Abgeordnete **Richter**

wendet hiergegen ein, es handle sich hier in erster

Linie um die Noth der Unteroffiziere, die aus ganz besonderen

Schulen hervorgingen, also mit dem allgemeinen Weltzustand

nichts zu thun haben. Das Uebel sei nicht auf Sachsen beschränkt,

wie die Uebeltheilige Broschüre bewiesen habe. In den Unteroffizier-

Schulen und Vorschulen, die er immer bekämpft, erhielten die

Leute eine fastenmäßige Erziehung. Die Hauptschuld trage der

Offizier, ohne das Beispiel dieses würden die Unteroffiziere der-

gleichen gar nicht wagen. Gen.-Major **v. Gokler** bezweifelt, ob

das öffentliche Verfahren Abhilfe schaffen werde mit Rücksicht auf

unter auch Geisterbekanntschäften, und wenn die Geister ein-

mal nicht kommen — du lieber Himmel, dann sind eben die

frechen Ungläubigen Schuld daran, die an dem Abend zu-

gegen waren und vor denen ein Geist, der ein Bischen auf sich

hält, eben nicht erscheint. . . .

Gegenwärtig sind unsere Berliner Spiritisten in freudiger

Erwartung. Denn erstlich haben sie sich das Fräulein **Medium**

hergestellt, mit dem Professor **Lombroso** in Turin interessante

„Seancen“ gehabt hat, und zweitens rechnen sie auf einen

großen amtlich bescheinigten Erfolg. Wegen Schwindelerei

nämlich ist jüngst einem beliebten Medium, der Frau **Wa-**

**leska Töpfer**, hier das Handwerk gelegt worden. Das

sollte, meinen Sie, unsere Spiritisten betrüben und entmuthigen?

Weit gefehlt, dem Gerechten schlägt Alles zum Segen aus.

Ich kenne da einen jungen Schriftsteller, der Spiritist ist und

regen Berkehr mit den Geistern unterhält, aber wirklich ganz

uneigenmüthig — denn von der Geisterwelt ist bis jetzt in seine

schriftstellerischen Arbeiten auch noch nicht ein Fünkchen Geist

übergegangen. Und er hat mir verrathen, was die Spiritisten

— aber völlig im Ernst — von dem Fall **Waleska**

**Töpfer** erwarten. Sie befürchten zunächst freilich, daß das

seige Bildungszphilisterium, diese beschränkten Natur-

wissenschafts-Professoren und all das andere unwissende

Gesinde die brave **Waleska** gar nicht vor Gericht

föhren werden. Die Berliner Spiritisten-Gemeinde aber wird

es durchzusetzen wissen, daß es zur Verhandlung gegen **Waleska**

**Töpfer** kommt. Dann wird das Medium vor Gericht zeigen,

auf wie vertrautem Fuße es mit den Geistern steht, und dann

wird eine wissenschaftliche Kommission die Sache untersuchen

müssen und dann natürlich — so meinte der wirklich über-

zeugte Spiritist — wird auch in Berlin endlich der Spiri-

tismus amtliche Anerkennung finden. Das ist nicht etwa die

Meinung eines einzelnen verschrobenen Kopfes, sondern die

Ansicht zahlreicher, sonst ganz praktisch und ganz materia-

listisch ihren Interessen nachgehender Berufsmenschen! Man

freut sich ernstlich auf diesen Prozeß — es ist geradezu kör-

perlich schmerzhaft, wenn man sonst ganz gesunde Menschen

von dieser Krankheit des Spiritismus befallen sieht, Leute

aller Berufsarten und Gesellschaftskreise. Was der einmal

von dem Spiritismus Angefallene sich Alles bieten läßt,

ist wirklich unglücklich. Man braucht nur einmal ein

Hest der „**Sphinx**“ zu lesen, um dies bestätigt zu fin-

den. Die „**Sphinx**“ ist eine von dem Dr. **juris utriusque**

**Hübbe-Schleiden** auf sehr gutem Papier und in sehr

anständigem Druck herausgegebene „Monatschrift für die ge-

schichtliche und experimentelle Begründung der überstimmlichen

Weltanschauung auf monistischer Grundlage.“ Vor dem streng

wissenschaftlichen Charakter dieser Monatschrift braucht man

sich nicht zu fürchten, denn wo ihr's ausschlag, ist es interessant.

Da liegt ein Hest vor mir, in dem ein Herr **Vertram Fels**,

über den „Zufall“ der Rationalisten spöttelnd erzählt, er habe

es oft „bewahrheitet“ gefunden, daß ein herabfallendes Gefäß

nicht zerbricht, wenn man es während des Fallens so zusagen

mit dem Blick hält: „ja es ist mir auch vorgekommen, daß

eine andere Person etwas Zerbrechliches fallen ließ, das ich

in der Luft während des Falles gleichsam noch mit dem Blick

die in Bayern gemachten Erfahrungen. Diesseits lägen Erfahrungen über zu milde Urtheile der Militärgerichte nicht vor. Der Beschwerdeweg sei nicht so schwierig und erfolglos wie geschildert. Er erklärt, es seien viele Vorbereitungen im Gange, um die Soldaten über ihre Pflichten und Rechte zu belehren und auf die Zustände in den Kasernen besser einzuwirken. Auf die sittliche und religiöse Bildung der Soldaten werde in umfassender Weise hingearbeitet. Der (bayerische) General-Major von Haag konstatiert, daß in Bayern die Mißhandlungs-Fälle seltener geworden sind, als früher. Dr. Buhl (nationalliberal) behauptet, Dank der Oeffentlichkeit des Verfahrens kämen Mißhandlungen dieser Art in Bayern nicht vor. Die durch den sächsischen Erlaß hervorgerufene Beunruhigung sei eben die Folge des geheimen Verfahrens. Auch Graf Vallestrom (Centr.) führt die Vorgänge auf die allgemeine Verrohung zurück, nicht auf Unteroffizierschulen. Die Offiziere vom Kompagniechef abwärts seien mitschuldig wegen unterlassener Beaufsichtigung. Die Oeffentlichkeit des Verfahrens würde gewiß günstig einwirken, aber es seien noch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Sinze (Chr.) führt aus, die Unteroffiziere müßten dahin erzogen werden, daß sie wissen, daß es feige und ehrlos ist, einen wehrlosen Mann zu schlagen. Wirklich sei aber die Aufgabe der Unteroffiziere bei der Ausbildung ihrer Leute oft eine sehr schwierige in Folge des Paradebrills. Auf alle Fälle sei der Soldat in der richtigen Anwendung des Beschwerderechts zu erziehen. Statistische Veröffentlichungen über die bestrafte Mißhandlungen seien sehr wichtig und wirksam. Groeber (Centr.) betont die religiöse Erziehung des Volkes, die freilich allein nicht helfen werde. Die Hauptfache sei eine andere Regelung des Beschwerderechts. Abg. Vogens (Centr.) erörtert die verschiedenen Arten von Gehorjam und hält den für den allein richtigen, der auf der Ueberzeugung beruht, daß der Vorgesetzte als der Stellvertreter Gottes anzusehen sei. Richter meint, die Aeußerung Vogens werde das Selbstgefühl der Unteroffiziere geradezu krankhaft steigern. Er findet es seltsam, daß Mitglieder (des Centrums), die in Bayern strenge für öffentliches Verfahren eintraten, hier eine andere Stellung einnahmen. Abg. Groeber bestreitet es, sein Antrag sei nur eine mildere Form des Verlangens nach Oeffentlichkeit des Verfahrens.

## Deutschland.

**Berlin, 5. Febr.** Das Centrum kommt der Regierung zu Hilfe, wo es nur kann. Im Großen wird sich das in den Reichstagsverhandlungen noch bei der bevorstehenden Berathung des Marine-Stats zeigen, im Kleinen hat es Freiherr v. Huene, der Vorsitzende der Budgetkommission, natürlich im Einverständnis mit seinen Freunden, schon heute bewiesen. Es war geschickt im hohen Grade, den Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen in der Budgetkommission zur Besprechung zu bringen. Die anscheinende Festigkeit und die Entschlossenheit über die Soldatenmißhandlungen in Sachsen mußten dabei in das hellste Licht treten, während zugleich dafür gesorgt werden konnte, daß der unvermeidlichen Verhandlung im Plenum bei Zeiten der stärkste Stachel genommen wurde. Wenn jetzt die Sache vor den Reichstag kommt, dann werden Konservative und Ultramontane mit einem Schein von Recht darauf verweisen können, daß sie so früh wie es nur möglich war, das Ihrige gethan haben. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die heutige Berathung der Budgetkommission über den Militärerlaß des Prinzen Georg als ein nicht übles taktisches Manöver. Es kann als um so besser gelungen gelten, als die Mehrheitsparteien eine kräftig gehaltene Resolution der Freisinnigen und Nationalliberalen durch eine mattere Abschwächung zu ersetzen verstanden. Im Stimmenverhältnis, das bei beiden Abstimmungen sich herausstellte, kommt die gegenwärtig maßgebende Parteigruppierung abermals zum klarsten Ausdruck: auf der einen Seite die vereinigten Liberalen, auf der anderen Seite das Centrum mit seiner konservativen Klientel. Immerhin bedeutet auch die von der Mehrheit beschlossene Resolution ein Hinübergang über dasjenige Maß, das die preussische Regierung bei der Reform der Militärstrafprozessordnung bisher hat gewähren wollen. Die Militärverwaltung (denn auf sie kommt es hierbei ja an) wird sich hiernach sagen müssen, daß sie entweder auf eine Reform des Militärstrafverfahrens dauernd zu verzichten oder aber sich den immer dringender werdenden und immer einhelliger auftretenden Forderungen der gesammten Bevölkerung wie auch des Reichstags zu fügen haben wird. Die Verhandlung in der Kommission wäre unvollkommen im höchsten Grade gewesen, wenn in ihr nicht das religiös-konfessionelle Register gezogen worden wäre. Ohne diesen Hinweis auf die Religion als einziges Heilmittel gegen alle Schäden dieser Welt geht es nun einmal in unsern aufgeregten Tagen nicht mehr. Wenn aber unsern Soldaten sonst Nichts und Niemand hilft, so werden sie etwas lange warten müssen, bis die konfessionelle Bekenntnistreue die wichtigsten Rohheiten gewisser Unteroffiziere aus der Welt geschafft haben wird. So ungenügend die von der Kommission beschlossene Resolution erscheint, so kann man sich doch damit zufrieden geben, daß die Nothwendigkeit der Erleichterung des Beschwerdeweges auch von den Centrumsmitgliedern der Budgetkommission anerkannt worden ist. Wenigstens diese Reform ist schon jetzt durch selbständige Weisungen der Militärbehörden, durch zweckmäßige Abänderung der Dienstvorschriften, möglich und ausführbar. Könnte es durchgeführt werden, daß der Soldat die Ueberzeugung von der Rechtssicherheit seiner Persönlichkeit bekommt, wäre also das Moment der jetzt nur formell ausgeschlossenen, praktisch geübten Willkür aus dem Militärwesen genommen, dann stände Vieles sofort und mit einem Schlage besser. Die Vertreter der Militärverwaltung thaten übrigens, was nach Lage der Sache das Verständigste war: Sie beschönigten nichts, sie gaben alle Scheußlichkeiten zu, die der Erlaß des Prinzen Georg brandmarkt, und sie verhielten die energischste Thätigkeit der Verwaltung zur Abstellung dieser Uebel. Ob aber die heutige Verhandlung unsere Bevölkerung in der wünschenswerthen Weise beruhigen wird, möchten wir bezweifeln. Die Mehrheitsredner haben trotz manchen entwürdeten Wortes doch eigentlich nur um die Sache herumgeredet. Es ist ihnen nicht ernst damit, der Regierung auf diesem heiklen Gebiete Verhaltenslinien vorzuschreiben, die zu

Schwierigkeiten auch politischer Natur führen könnten. Das herrschende System darf also auf die liberal-konservative Gemeinschaft bauen, jetzt und bis zu jenem zukünftigen Zeitpunkte, wo diese Gemeinschaft durch den Willen der Nation zur Ohnmacht verurtheilt sein wird.

— Nur der Rechtswohlthat der Verjährung hat es der Geh. Kommerzienrath Herr Baare zu danken, daß er nicht zugleich mit den der Stempelfälschung und des Betruges angeklagten Arbeitern und Werkmeistern auf der Anklagebank sitzen wird. Nach der Erklärung der Essener Staatsanwaltschaft liegen Zeugenaussagen vor, die Herrn Baare's Mitwissenschaft an den betrügerischen Manipulationen behaupten, aber diese Mitwirkung beziehe sich auf eine Zeit, für die bereits die Verjährung der Strafverfolgung eingetreten sei. Die „Köln. Volksztg.“, die noch meldet, das Schreiben der Staatsanwaltschaft solle demnächst veröffentlicht werden, bemerkt zu der Mittheilung über die Verjährung sehr richtig Folgendes:

„Wenn die Mitwissenschaft Baare's an den Stempelfälschungen u. s. w. nur hinsichtlich verjährter Thathandlungen nachgewiesen erschiene, so könnte selbstverständlich dieserhalb eine Strafverfolgung nicht eintreten. Aber die Stempelfälschungen sind nach den unter Beweis gestellten Behauptungen der „Westf. Volksztg.“ bis in die letzte Zeit fortgesetzt worden. Ist es nun denkbar, daß diese angeblich in so großem Umfang betriebenen Machenschaften früher (vor Beginn des Verjährungszeitraumes) mit, seitdem aber ohne Wissen des Leiters des Bochumer Vereins stattgefunden haben sollten? Auf diese Frage muß das Schreiben des Ersten Staatsanwalts bzw. die Verhandlung gegen die unter Anklage gestellten untergeordneten Personen Antwort geben. Bis dahin steht das Publikum vor einem Räthsel, dessen Lösung nicht rasch genug erfolgen kann.“

Wir möchten dem noch beifügen, daß in nicht allzu ferner Zeit Herr Fusangel, da gegen ihn ja eine Beleidigungs-klage des Herrn Baare schwebt, in der Lage sein wird, auch dasjenige Belastungsmaterial gegen Baare, das etwa dem Untersuchungsrichter entgangen sein sollte, dem Gerichte vorzuführen und daß es ihm dabei unbenommen sein wird, seine Erhebungen auch auf die Jahre auszudehnen, die noch nicht für die Verfolgung verjährt sind.

## lokales.

**Posen, den 6. Februar.**

br. Der Wasserstand der Warthe ist über Nacht wieder etwas gesunken und betrug heute früh 8 Uhr 4 Meter. Der Strom führte auch kleinere Eiszellen mit. An dem Verdykower Damm liegt bei dem ersten Ueberfall das Eis noch vollständig fest und ist dort auch der Verkehr mit Rähnen noch nicht möglich. Auch an den Ueberfällen hat sich das Eis immer noch festgelagert. Es wird jedoch nun hoffentlich in allernächster Zeit der Aufbruch des Eises auch hier erfolgen. Das Wasser ist während der Nacht von dem ersten Ueberfall aus bis in die Böttchergasse hinein gedrungen und hat den hinteren Theil derselben vollständig überschwemmt. In der Weidengasse sollen bereits einige Keller, glücklicherweise zur Zeit unbenutzt, unter Wasser stehen.

## Telegraphische Nachrichten.

**Dirschau, 5. Febr.** Heute tagte hier eine Versammlung von etwa 400 westpreussischen Landwirthen unter dem Voritze des Abgeordneten v. Puttkamer auf Plauth. Der Zweck der Versammlung war die Konstituierung eines Vereins zur einheitlichen und energischen Vertretung der materiellen Interessen Westpreußens namentlich auch im Landtage. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten. Es wurde dann ein vom Vorsitzenden entworfenes Statut eines zu begründenden westpreussischen Bauvereins angenommen. Die Anwesenden erklärten ihren Beitritt zu demselben.

**Wien, 5. Febr.** Wie die „Politische Korrespondenz“ aus Pest meldet, tritt der ungarische Reichstag am 20. d. Mts. zusammen. Die Thronrede wird den 22. d. Mts. gehalten werden.

**Wien, 5. Febr.** Das „Amtsblatt“ veröffentlicht eine Verordnung des Gesamtministeriums betreffend die Meistbegünstigung spanischer Provenienzen bis zum 30. Juni d. J.

**Wien, 5. Febr.** Der Eisenbahnausschuß hat die von dem Jungezechen Rastan beantragte Resolution, die Regierung aufzufordern, dem Reichsrathe alsbald ein rationelles Eisenbahnprogramm über die unter Berücksichtigung der einzelnen Kronländer zu erbauenden Lokalbahnen vorzulegen, abgelehnt, dagegen den Antrag, die Regierung aufzufordern, die Südnorddeutsche Verbindungsbahn sobald wie möglich zu verstaatlichen, angenommen.

**Petersburg, 5. Febr.** Der Emir von Buchara theilte dem General-Gouverneur von Turkestan mit, daß er, nachdem er von der Noth gehört, welche einige Gegenden Rußlands heimgesucht habe, dem Großfürsten-Thronfolger als Beweis seiner Ergebenheit für den russischen Thron und das russische Reich 100 000 Rubel zur Verfügung stelle.

**Petersburg, 5. Febr.** Der „Worzenzeitung“ zufolge sollen die neue 4 prozentigen Obligationen der Moskauer-Kasanischen Eisenbahn von dem Moskauer Syndikat nächste Woche zum Preise von 91 1/2 Prozent zur Zeichnung aufgelegt werden. — Nach einem heute veröffentlichten Gesetz sollen die ausgelooften Stücke und Coupons der nachbenannten Eisenbahn-Obligationen in Zahlung für Zollgefälle angenommen werden: Transkaukasische Bahn, Kursk-Charkow-Niow-Bahn, Worschanst-Sytschanst-Bahn, Boti-Tiflis-, Naichk-Wiasma-, Naichk-Morichansk- und Tambow-Roslow-Bahn.

**Rosenhagen, 5. Febr.** Das offizielle Organ „Berl. Tidende“ theilt gegenüber den auswärtig verbreiteten Nachrichten mit, im Ministerium des Innern sei kein in Dänemark vorgekommener Fall von Maul- und Klauenseuche bekannt. Es würden augenblicklich über diesen Gegenstand Untersuchungen angestellt.

**Rom, 5. Febr.** Die Wahl eines neuen Jesuiten-Generals ist nunmehr für den Monat Mai im deutsch-ungarischen Kollegium festgesetzt. In der Versammlung wird der interkontinentale spanische Generalvikar Pater Martin den Vorsitz führen. Alle 30 Provinzen des Ordens werden den Provinzial und zwei Rektoren entsenden. Die Wahl erfolgt mit absoluter Majorität.

**Madrid, 4. Febr.** In der heutigen Sitzung des Senats erklärte der Minister des Auswärtigen, Herzog von Tetuan, das Gerücht von einer Verlegung spanischen Gebietes in der Nähe von Gibraltar durch englische Soldaten sei unbegründet. Der Ministerrath hat den Budgetvoranschlag endgültig genehmigt. Es wird versichert, das Defizit werde 6 Millionen nicht überschreiten. Der Ministerrath hat die Verlängerung des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn ratifizirt.

**London, 5. Febr.** Das „Reuter'sche Bureau“ meldet, die österreichische Regierung habe gestern dem Kanzler des Schatzamtes und der Bank von England die Versicherung gegeben, daß bei der eventuellen Uebernahme der neuen österreichischen Valutaanleihe durch ein Syndikat das erforderliche Gold nicht von der Bank von England bezogen und überhaupt nicht bei ungünstigen Geldverhältnissen dem offenen Geldmarkte entnommen werden würde.

**London, 5. Febr.** Das Ackerbauamt hat ein Verbot gegen die Landung dänischen Viehs in England, Wales und Schottland erlassen.

**London, 5. Febr.** Eine Bekanntmachung des Ackerbauamtes verfügt eine strenge Durchführung der Bestimmungen betreffend das Fahren von fremdem Vieh. Es darf kein fremdes Vieh gelandet werden, falls nicht der Schiffskapitän eine schriftliche Erklärung abgibt, daß das Vieh innerhalb 28 Tagen von der Einschiffung der Thiere kein Vieh aus Malta, Belgien, Deutschland und Dänemark an Bord gehabt, daß das Vieh während 21 Tagen seit der Einschiffung des Viehs in keinem Hafen der genannten Länder gewesen, daß die auf dem Schiff importirten Thiere an Bord nicht mit solchen aus jenen Ländern ausgeführten Thieren in Berührung gewesen seien und daß das Vieh 28 Tage bevor es letztere einschiffte, keine Schweine aus Schweden oder den Niederlanden an Bord hatte.

**Malta, 5. Febr.** Das britische Panzerschiff „Victoria“, welches am 29. v. Mts. an der Westküste von Griechenland in der Nähe von Missolonghi aufgefahren war, ist wieder flott gemacht worden.

**Sofia, 5. Febr.** (Meldung der „Agence balcanique“.) Behufs probeweiser Konzentration der Truppen wurde gestern Nachmittag die hiesige Garnison alarmirt. Die Konzentration wurde bei sämtlichen Waffengattungen befriedigend durchgeführt. Prinz Ferdinand inspizierte die Truppen und ließ dieselben Revue passiren.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1892.

Datum	Barometer auf 0 Stunde	Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
5. Nachm. 2		739,8	SW stark	bedeckt	+ 0,9
5. Abends 9		739,7	SW mäßig	bedeckt	+ 1,8
6. Morgs. 7		740,8	SW mäßig	bedeckt	+ 1,9

<sup>1)</sup> Den Tag über Schnee.  
Am 5. Febr. Wärme-Maximum + 2,6° Cels.  
Am 5. Wärme-Minimum + 0,5° =

## Wasserstand der Warthe.

**Posen, am 5. Febr.** Morgens 3,18 Meter.  
= = = 5. = Mittags 3,74 =  
= = = 6. = Morgens 4,00 =

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Kurse.

**Breslau, 5. Febr.** (Schlußkurse.) Matt.  
Neue Sproz. Reichsanleihe 84 25, 3 1/2 Proz. U.-Randbr. 97,00, Rentol. Türken 18,25, Türk. Loose 70,00, Sproz. ung. Goldrente 92,90, Bresl. Diskontobank 93,50, Breslauer Wechselbank 94,50, Kreditaktien 170,90, Schles. Bankverein 110,00, Donnersmarthütte 79,50, Flöther Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 124,50, Oberschles. Eisenbahn 57,65, Oberschles. Portland-Zement 94,50, Schles. Cement 133,50, Oppeln. Zement 101,00, Schles. Dampf. C. —, Kramfio 117,00, Schles. Zinkaktien 192,00, Laurahütte 107,25, Verein. Delfabr. 88,25, Oesterreich. Banknoten 173,00, Russ. Banknoten 200,40, Siesel Cement 103,00.

### Produkten-Kurse.

**Köln, 5. Febr.** Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 23,00, do. fremder loco 23,50, v. März 20,70, v. Mai 20,70. Roggen hiesiger loco 23,00, fremder loco 24,75, v. März 21,70, per Mai 21,70. Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —. Rüböl loco 62,00, v. Mai 57,20, v. Oktober 56,30. — Wetter: Trübe.

**Bremen, 5. Febr.** (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins, Sproz. Nordd. W.-Kammerlei- und Kammerlei-Spinnerei-Aktien 135 Br., Sproz. Nordd. Lloyd-Aktien 95 Gd.)

**Bremen, 5. Febr.** (Börsen = Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse.) Fass-30 Liter. Schwächer. Vto 6 65 Br.  
Baumwolle. Still. Upland middl., loco 38 Pf., Upland Baffis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, Febr. 37 1/2 Pf., März 37 1/2 Pf., April 38 Pf., Mai 38 1/2 Pf., Juni 38 1/2 Pf., Juli 39 Pf.

Schmalz. Fester. Wilcox — Pf., Armour 34 1/2 Pf., Robe — Pf., Fairbanks 32 Pf.  
Wolle. 139 Ballen Cap, 24 Ballen Natal, — Ballen Buenos Ayres, — Ballen Austral., 7 Ballen Rämmlinge.

**Hamburg, 5. Febr.** Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holländ. loco neuer 210—215. — Roggen loco ruhig, holländ. loco neuer 215—225 russ. loco ruhig, neuer 190—195 nom. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rüböl (unver.) still. loco 59,00. Spiritus matt. v. Febr.-März 35 1/2 Br., per März-April 35 1/2 Br., v. April-Mai 35 1/2 Br., per Mai-Juni 35 1/2 Br. — Raffee fest. Umsatz 4000 Sack — Petroleum beh., Standard white loco 6,35 Br., v. März 6,20 Br. — Wetter: Bedeckt.

**Hamburg, 5. Febr.** Raffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 68, per Mai 66 1/2, per Sept. 64 1/2, pr. Nov. 62 1/2. — Behauptet.

**Paris, 5. Febr.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, v. Februar 25,20, v. März 25,60, v. März-Juni 25,90, v. Mai-August 26,20. — Roggen fest, per Febr. 18,90, per März-Aug. 18,60. — Mehl steigend, v. Febr. 54,00, v. März 54,70, v. März-Juni 55,50, v. Mai-Aug. 56,40. — Rüböl ruhig, v. Febr. 54,25, v. März 55,00, v. März-Juni 56,00, pr. Mai-Aug. 57,00. — Spiritus fest, v. Febr. 47,00, v. März 46,50, v. März-April 46,50, v. Mai-August 45,50. — Wetter: Milde.

**Paris, 5. Febr.** (Schlußbericht.) Rohzucker beh., 88 pCt. loco 38,50. Weizer Zucker beh., Nr. 3 per 100 Kilo v. Febr. 40,62 1/2, v. März 41,87 1/2, v. März-Juni 41,25, v. Mai-August 41,75.

Rio 14 000 Sad, Santos 9 000 Sad Kettes für gestern.
Café, 5. Febr. (Teleg. der Hamb. Firma Belmann, Healer u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 89,00, p. Mai 87,50, p. Sept. 83,25. Febr.
Antwerpen, 5. Febr. Wolle. (Teleg. der Herren Wilkens u. Comp.) Wolle. La Plata-Bug, Type B., per Febr. 4,22 1/2, p. März 4,27 1/2, Verkäufer, p. Sept. 4,35 bezahlt.
Antwerpen, 5. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 16 bez. und Br., v. Febr. 15 1/4 Br., p. März 15 1/4 Br., Sept.-Dez. 15 1/4 Br., Kuhl.
Antwerpen, 5. Febr. Getreidemarkt. Weizen besser. Roggen schwach. Hafer schwach. Gerste ruhig.
Amsterdam, 5. Febr. Getreidemarkt. Weizen auf Termine träge, p. März 232, p. Mai 238. — Roggen loco träge, do. auf Termine geschäftslos, per März 207, per Mai 211. Raps per Frühjahr —. Rüböl loco 29, p. Mai 27 1/2, p. Herbst 27 1/2.
Amsterdam, 5. Febr. Bancazin 54.
Amsterdam, 5. Febr. Java-Kaffee good ordinary 55.
London, 5. Febr. 96 p. Ct. Zuckerraffinade loco 16 1/2 rubig.
Rüben-Rohzucker loco 14 1/2 rubig. Centrifugal Cuba —.
London, 5. Febr. Silber-Kupfer 43 1/2, per 3 Monat 44 1/2.
London, 5. Febr. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten. — Heiter.
London, 5. Febr. (Anfangsbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 40 400, Gerste 4100, Hafer 48 400 Dts. Sämtliche Getreidearten sehr ruhig, matt. Eigener williger.
London, 5. Febr. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 40 420, Gerste 4080, Hafer 48 360 Dts.
Getreide absolut geschäftslos, englischer Weizen 1/2 bis 1 sh., fremder eher stetiger jedoch 1/2 sh. unter letzten Montagskurs. Mehl 1/2 bis 1/4 sh. niedriger. Uebrig Artikel sehr träge, fast nominal. Angekommener und schwimmender Weizen 1/2 bis 1/4 sh. über gestrigen Kurs gefordert.
Glasgow, 5. Febr. Kohleisen. (Schluß.) Mixed numbers, warrants 43 sh.
Glasgow, 5. Febr. Die Vorräthe von Kohleisen in den Stores belaufen sich auf 505 009 Tons gegen 563 873 Tons im vorigen Jahre.
Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochofen beträgt 77 gegen 6 im v. J.
Liverpool, 5. Febr. Getreidemarkt. Weizen 1-2 d. niedriger, Mehl ruhig, Mais 1/2 d. höher — Wetter: Schön.
Liverpool, 5. Febr. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Nutzmaßlicher Umsatz 10000 Ball. Und. Tagesimport 1000 Ball.
Liverpool, 5. Febr., Nachm 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen Unverändert.
Widbl. amerik. Lieferungen: Febr.-März 3 5/16 Verkäuferpreis, März-April 3 7/16 do., April-Mai 3 7/16 Käuferpreis, Mai-Juni 3 1/16 do., Juni-Juli 3 3/16 do., Juli-Aug. 4 1/16, Aug.-Sept. 4 1/16 do., Sept.-Okt. 4 1/16 d. do.
Liverpool, 5. Febr., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Träge.
Widbl. amerik. Lieferungen: Febr.-März 3 5/16 Käuferpreis, März-April 3 7/16 do., April-Mai 3 7/16 do., Juni-Juli 3 3/16 Verkäuferpreis, Juli-Aug. 4 1/16 do., Sept. 4 1/16 d. do.
Liverpool, 5. Febr. Baumwollen-Wochenbericht. Wochenumsatz 57 000 B., davon für Spekulation 6 000 B., für Export 3 000 B. bezgl. unmittelbar ex. Schiff 75 000, wirtl. Export 4 000, Import der Woche 87 000, davon amerikanische 77 000, Vorrath 1 660 000, davon amerikanische 1 422 000; schwimmend nach Großbritannien 235 000, davon amerikanische 225 000.
Liverpool, 4. Febr. (Offizielle Notierungen.) Amerikaner good ordinary 3 7/16, do. low middling 3 1/2, Amerikaner middling 3 3/16, middling fair 4 1/8, Fernam fair 4 1/8, do. good fair 5, Ceara fair 4 1/8, do. good fair 4 1/8, Bahia fair —, Raccio fair 4 1/8, Maranham fair 4 1/8, Egyptian brown fair 4 1/8, do. d. good

fair 4 1/8, do. do. good 5 1/4, do. do. white fair 4 1/4, do. do. good fair 4 1/4, do. do. good 5 1/4, M. G. Broach good 3 1/16, do. fine 7 1/2, Dholera fair 2 1/2, do. good fair 3 1/16, Dholera good 3 1/16, do. fine 3 1/16, Domra fair 3, do. good fair 3 1/4, do. good 3 1/2, do. fine 3 1/2, Scinde good fair —, do. good 3 1/2, Bengal good fair 2 1/2, do. good 3 1/16, do. fine 3 1/16, Madras, Linnibell, fair 3 1/16, do. do. good fair 3 1/2, do. do. good 3 1/2, do. Western fair 2 1/16, do. do. good fair 3 1/2, do. do. good 3 1/2, Peru rough fair —, do. do. good fair 8 1/4, do. do. good 8 1/4, do. moder. rough fair 5 1/4, do. do. good fair 6 1/16, do. do. do. good 7 1/4, do. smooth fair 4 1/8, do. do. good fair 4 1/16.
Chicago, 4. Febr. Weizen p. Febr. 85 1/4, p. Mai 89 1/4. Mais p. März 41 1/2, Speid short clear 6,05, Bort p. Febr. 11,62.
Newyork, 5. Febr. (Anfangsbericht.) Petroleum Bipektine certificates per März 6 1/2, Weizen per Mai 100 1/4.
Newyork, 4. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 7 1/16, do. in New-Orleans 6 1/4. Raff. Petroleum Standard white in Newyork 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 5,80, do. Bipektine Certificates p. März 60 1/2. Still. Schmalz loco 6,72, do. Hohe u. Brothers 6,95. Ruder (Fair refining Muscovados) 3. Mais (New) p. März 49 1/2, p. April 49 1/2, p. Mai 49 1/2. Kothier Winterweizen loco 101 1/4. Kaffee Rio Nr. 7, 14 1/2. — Mehl 4 D. 00 C. Getreidefracht 2 1/4. — Kupfer —. Kothier Weizen per Febr. 100 1/4, p. März 101 1/4, p. April 100 1/4, p. Mai 100. Kaffee Nr. 7, low ordinär p. März 12,82, p. Mai 12,47.
Berlin, 6. Febr. Wetter: Regen.
Newyork, 5. Febr. Kothier Winterweizen, p. Febr. 103 1/2 C., p. März 104 1/2 C.
Fonds- und Aktien-Börse.
Berlin, 5. Febr. Die heutige Börse eröffnete und verlief in sehr matter Haltung und mit Kursherabsetzungen auf allen Gebieten; auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten weniger günstig.
Das Geschäft blieb im Allgemeinen belanglos und gewann nur für Banten und fremde Renten größere Ausdehnung; von erstgenannten Werthen verloren Oesterreich, Kreditaktien und Diskontokommandit-Anteile auf Realisationen und Blankoabgaben etwa 2,25; auch inländische, sowie alle österreichischen und italienischen Eisenbahnaktien blieben bei unbedeutendem Handel niedriger angeboten; russ. Transportwertre waren behauptet, Schweizerische nach meist unveränderter Anfangskursen abgeschwächt. Auf dem Montanmarkte lagen Eisen- und Hüttenwerthe matt und fielen theils sich 1,50 Proz., Laurabütte sogar 2 Proz. niedriger.
Kohlen- sowie spekulative Industriefaktien zeigten gleichfalls Preisrückgänge. Von fremden Fonds büßten Russenwerthe etwa 0,50, Ungar. Gold-, sowie Italienische Rente bei lebhaftem Angebot 0,25 Proz., Rubelnoten 0,75 M. ein.
Auch die zweite Börsensunde brachte keine Erholung, und erst kurz vor offiziellem Börsenschluß (2 Uhr) trat in Folge von Deckungen für Banken, sowie fremde Fonds, eine geringe Kursbesserung ein.
Einheimische Fonds hielten sich ziemlich fest; Eisenbahnprioritäten lagen größtentheils still und schwächer, russische hielten sich unverändert, amerikanische blieben fest.
Auf dem Kassamarkt herrschte Verkaufslust, und die Preise, besonders für Brauerei-, Zement- und Dampfgesellschafts-Effekten, mußten meist nachgeben.
Der Privatdiskont wurde mit 1/2 Proz. notirt.
Produkten-Börse.
Berlin, 5. Febr. Die Preise für Weizen sind gestern in Newyork um 1 Cent gestiegen; auch von West trafen feste Berichte ein. Da sich auch hier Kauflust zeigte, zogen die Preise für Weizen und Roggen bei kleinem Geschäft nicht unerheblich an. Später ging ein großer Theil des Aufschlags durch Abgaben der Blatzpekulation wieder verloren. In Hafer war das Geschäft

stills zu anfänglich festen, später eher schwächeren Preisen. Roggenmehl in einigem Umfange zu besseren Notierungen. Rüböl sehr still und wenig verändert. Spiritus loco begehrt; die kleine Zufuhr wurde zu letzten Preisen rasch geräumt. Termine still und wenig verändert.
Weizen (mit Ausschluß von Kaufweizen) p. 1000 Kg. loco flau. Termine gut behauptet. Gefündigt — To. Ründigungspreis — M. loco 196—218 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 200 M., p. diesen Monat — bez., p. April-Mai 198,25 bis 198,5—197 bez., per Mai-Juni 200—200,25—198,75 bez., per Juni-Juli 201,5—200,25 bez.
Roggen per 1000 Kilo. loco matter. Termine höher. Gefündigt — To. Ründigungspreis — M. loco 198—208 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 204 M., inländischer 202—204,5 ab Bahn bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 201—201,5 bis 200,5 bez., per Mai-Juni 199—199,25—198,75 bez., p. Juni-Juli 196,5—197,5—196,75 bez., p. Juli-Aug. 186—186,5—186 bez.
Gerste p. 1000 Kilo. flau und schwer verkäuflich. Grobe und kleine 156—200 nach Qual. Futtergerste 157—167 M.
Hafer per 1000 Kilo. loco Mittelwaare flau. Termine wenig verändert. Gefündigt — To. Ründigungspreis — M. loco 146—176 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 153 M. Sommerlicher, preuß. und schles., mittel bis guter 147—160, hochfeiner 171—173 ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 152,5—151,75 bez., p. Mai-Juni 152,75 bis 152 bez., p. Juni-Juli 153—152,25 bez., am 3. d. 153,5—154 bis 153,5 bez.
Mais per 1000 Kilo. loco still. Termine still. Gefündigt — To. Ründigungspreis — M. loco 140—150 M. nach Qual., per diesen Monat — M., per Febr.-März —, per April-Mai 116,75 bez., per Mai-Juni — bez., p. Juni-Juli —, p. Juli-Aug. — bez.
Erbsen p. 1000 Kilo. Roggenwaare 190—240 M., Futterwaare 170—180 M. nach Qualität.
Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sad. Termine höher. Gefündigt — Sad. Ründigungspreis — M., per diesen Monat 27,85 M., per Febr.-März 27,6 bez., per April-Mai 27,1—26,9—27 bez., p. Mai-Juni 26,8 bez., p. Juni-Juli 26,6 bez.
Rüböl p. 100 Kilo mit Fass. behauptet. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — M. loco mit Fass — M., loco ohne Fass — M., per diesen Monat — bez., per Febr.-März —, p. März-April —, per April-Mai 55,6 bez., p. Mai-Juni —, p. Sept.-Okt. 55,2 bez.
Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sad. loco 33,75 M. — Feuchte dgl. p. loco 18,75 M.
Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto incl. Sad. loco 33,75 M.
Petroleum. Raffinirtes Standard white p. 100 Kilo mit Fass in Posten von 100 Str. Termine —. Gefündigt — M. loco Ründigungspreis — M. loco — bez., p. diesen Monat — M., per Febr.-März —.
Spiritus mit 60 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — M. loco ohne Fass 64,6 bez.
Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Str. nach Tralles. Gefündigt —, — Uter. Ründigungspreis — M. loco ohne Fass 45,2 bez.
Spiritus mit 60 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — M. loco mit Fass —, p. diesen Monat —.
Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Flau. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — M. loco mit Fass —, per diesen Monat — bez., p. Febr.-März — bez., per März-April — per April-Mai und per Mai-Juni 46—46,1—45,3 bez., per Juni-Juli 46,5—45,8 bez., p. Juli-Aug. 47,1—46,5 bez., per Aug.-Sept. 46,9 bis 46,3 bez.
Weizenmehl Nr. 00 29,00—27,00, Nr. 0 26,75—25,00 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.
Roggenmehl Nr. 0 u. 1 28,00—27,25 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 30,00—28,00 bez., Nr. 0 1/2, M. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. incl. Sad.

Feste Umrechnung: — Livre Sterl. = 20 M. I. Doll. = 4 1/4 M. I. Rub. = 3 M. 20 Pf. I fl. södd. Wösterr. = 12 M. I fl W. = 2 M. I fl. holl. W. I M. 70 fl., I Franc oder I Lira oder I Peseta = 80 Pf.

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market data. Includes sections for Bank-Diskonto, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Stamm-Priorität, Eisenbahn-Prioritäts-Obligat., Hypotheken-Ceränkate, and Industrie-Papiere.